

Welchen Beitrag gegen den Rechtsextremismus können Gedenkstätten für NS-Opfer heute leisten?

Heidi Behrens

Die »Thematisierung rechtsextremer Phänomene, wie sie seit einigen Jahren mit zunehmender Tendenz in der Bundesrepublik (...) zu beobachten sind«, wie es in einem Beitrag von Heidi Behrens im GedenkstättenRundbrief Nr. 9 vom April 1985 hieß, war auch schon vor zwei Jahrzehnten immer wieder Ausgangspunkt von Bildungsarbeit in Gedenkstätten, antifaschistischen Stadtrundfahrten und ähnlichen Aktivitäten. Die Alte Synagoge in Essen nahm den Film »Die Erben«, in dem der Weg zweier sehr verschiedener Jugendlicher zum Neonazismus geschildert wird, zum Anlass, ein Bildungsangebot auszuarbeiten, das mit etwa 550 Schülerinnen und Schülern durchgearbeitet wurde. Zahlreiche Gedenkstätten sahen – und sehen – sich in der Pflicht zur »Bearbeitung eines aktuellen Themas, das Rückgriffe auf die neuere Geschichte geradezu herausfordert,« schrieb Heidi Behrens-Cobet damals.

Heute muss man feststellen, dass die vor 20 Jahren beschriebenen rechtsextremen Phänomene an Anzahl und Gewalttätigkeit zugenommen haben. Es stellt sich weiterhin die Frage, welchen Beitrag zur Eindämmung von Rechtsextremismus, Neonazismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus die Gedenkstätten für die Opfer der Verbrechen der Nationalsozialisten leisten können. Kann der häufig formulierte eigene Wunsch der Gedenkstätten, dem Rechtsextremismus Einhalt zu gebieten und der gesellschaftspolitischen Aufforderung an diese Institutionen, dies zu tun, mit den Möglichkeiten in der alltäglichen Bildungsarbeit in Einklang gebracht werden?

Die Autorin wurde gebeten, ihren Text von 1985, »Rechtsextremismus als Gegenstand pädagogisch-politischer Arbeit«, zu reflektieren und gegebenenfalls ihre Position neu zu bestimmen. Damals war sie pädagogische Mitarbeiterin in der Essener Gedenkstätte Alte Synagoge, heute arbeitet sie hauptberuflich in der politischen Bildung häufig auch mit Gedenkstätten und beteiligt sich an der Diskussion über Gedenkstättenpädagogik. Die Gelegenheit zur öffentlichen Revision kam ungeplant, aber nicht ungelegen.

Der Kinofilm »Die Erben« und Bildungsveranstaltungen »gegen rechts«

Mein damaliger, lediglich beschreibender und bewertender, nicht analytischer Beitrag stellte eine modellhafte Veranstaltungsreihe im Jahr 1984 mit zahlreichen Klassen und Kursen Essener Schulen im Anschluss an die Vorführung des Spielfilms »Die Erben«¹ in den Mittelpunkt. Es handelte sich um geschlossene Vormittagsveranstaltungen, um dem »harten Kern« jugendlicher Rechtsextremer in der Stadt für Selbstdarstellungen kein Forum zu bieten. Bei der bundesdeutschen Premiere in Mannheim hatten rechte Gruppierungen mit Anschlägen gedroht, und viele Kinos weigerten sich, den Film überhaupt zu zeigen.

Die mehrheitlich nicht in rechtsextreme Szenen oder Organisationen abgedrifteten Jugendlichen, die wir erreichen wollten, könnten auf diesem Weg – so unser Ziel – resistenter (gemacht) werden gegen rassistische und antisemitische Ideologien. Dem pädagogischen Konzept lag ein einfaches Schwarz-Weiss-Schema zugrunde. Ehemals Verfolgte, das waren der Alten Synagoge verbundene Zeitzeugen, sollten zur Identifikation mit ihrem Schicksal einladen, während die im Film vorgeführten »Erben« der Abschreckung dienten. Der Film selber, der Probleme zweier Heranwachsender mit Familie, erster Liebe und Identität zeigt und die Mitgliedschaft in einer rechtsextremen Gruppe als Suche nach Zugehörigkeit und Anerkennung deutet, scheint für sich genommen nicht primär diskussionswürdig gewesen zu sein: Charly ist arbeitslos und wächst in einer Atmosphäre von Geldnot und Brutalität auf, Thomas stammt aus finanziell gesicherten Verhältnissen. Beide finden Ersatz für die vermisste elterliche Anerkennung in einem rechten Jugendklub, später in einer Wehrsportgruppe. Die Spannung, mit der die Jungen dort den Abenteuerberichten der »alten Kämpfer« folgen, suggerierte fehlendes historisches Wissen.

Wie eine Fußnote aussagt, sollte der Neonazismus zwar nicht in eins gesetzt werden mit dem Nationalsozialismus, aber der Rekurs auf die jüngste Geschichte leitete doch das Lernarrangement. Die zum Setting gehörenden Zeitzeugen stellten somit eine Art »lebendiges Geschichtsbuch« dar, und wir unterstellten, rechtes Gedankengut müsse an ihrer Aura und an ihrer Leidensgeschichte notwendig abprallen. Der Text gibt den pädagogischen Zeitgeist der 80er Jahre zu erkennen einmal durch diese Funktionszuweisung, die den Überlebenden den fest umrissenen Part des Authentischen zuschrieb, zum anderen durch die Zuversicht, mit Hilfe von Aufklärung über Geschichte die gewünschten Erziehungsziele erreichen zu können.

Rückblick

An die schulische Pädagogik und die Jugendbildung werden solche Erwartungen herangetragen, seit es rechtsextreme Phänomene – zunächst vor allem Schändungen jüdischer Friedhöfe – in der Bundesrepublik gibt, also schon seit den 50er Jahren, verstärkt aber seit den Hakenkreuzschmierereien an einer Kölner Synagoge 1959/60. Bildungs- und Erziehungsinstitutionen gerieten unter Rechtfertigungsdruck und sollten vorzeigbare Anstrengungen unternehmen. Die Diskussionen der 60er Jahre – Eichmann- und Auschwitz-Prozess, die Verjährungsdebatten im Bundestag, die Wahlerfolge der NPD – offenbarten die »unbewältigte Vergangenheit«, und Pädagogen und Politiker reagierten auf dieses Problem mit der Forderung nach Vermittlung von Zeitgeschichte an die junge Generation. Ein Teil der Jüngeren wiederum rebellierte am Ende des Jahrzehnts – auch gegen die Verschweigensgemeinschaften in der Gesellschaft und innerhalb der politischen Eliten der Bundesrepublik.

Die 70er und 80er Jahre, in denen ein Professionalisierungsschub und ein Generationenwechsel in schulischen und außerschulischen Bildungsbereichen Früchte trug, können in der Bundesrepublik als die Hochzeit des pädagogischen Optimismus gelten, und zwar bezogen auf historisch-politisches Lernen, auf Gedenkstätten- und Geschichtsarbeit. Mit der »Alltagswende« entstanden die vielen Werkstätten und Initiativen auf lokaler Ebene; jetzt konnten in längerfristigen Projekten Zeitzeugen (und Akten) zum Sprechen gebracht und konkrete Orte und Akteure des Geschehens der NS-Zeit

benannt werden. Dies wurde unter dem historiographischen Aspekt einer überfälligen Gegengeschichtsschreibung und mit erzieherischen Ambitionen betrieben: Zum einen sollten die »weißen Flecken« der Stadtgeschichte gefüllt und einer breiten Öffentlichkeit zur Kenntnis gegeben werden, zum anderen hatten solche Projekte auch die Funktion, unbelastete und bildungsbereite Nachgeborene mit Wissen »gegen rechts« zu wappnen. Bei den Professionellen der ersten Stunde in Gedenkstätten und Geschichtsinitiativen bestand wenig Zweifel, dass mit den nun endlich formulierten, meist ökonomisch grundierten und nicht selten monokausalen »Lehren aus der Geschichte« den Resten der alten und den neu entstandenen rechten Szenen schließlich erfolgreich begegnet werden könne. Wir vertraten damit nicht nur eine bestimmte Interpretation der Vergangenheit, sondern mit Losungen wie »Nie wieder Faschismus – nie wieder Krieg!« ebenso politische Positionen für die Gegenwart, die sich in einem weiten linken Spektrum zwischen Pazifismus und Heroisierung des antifaschistischen Widerstands bewegten.

Diese »andere« Geschichte hat tatsächlich die Öffentlichkeit beschäftigt und in fast allen Städten und Regionen Kontroversen über die Vergangenheit ausgelöst; sie konnte darüber hinaus Perspektivenwechsel und die Wahrnehmung vergessener Opfergruppen wie verschwiegener Täter- und Mittäterschaften bewirken. Nicht zuletzt wurde in zähen Auseinandersetzungen die Verstetigung von Gedenkstättenarbeit erreicht.

Der selbstgesetzte Anspruch, eine unmittelbare Erziehungsinstanz gegen den Rechtsextremismus zu sein, ließ sich trotz dieser günstigen Voraussetzungen jedoch nicht erfüllen. Woran hat es gelegen? Ein solches Versprechen, das sich selbstgewiss einerseits auf Wissensvermittlung, andererseits auf affektive Ansprache stützte, musste uneingelöst bleiben, weil Lernen nicht nur auf diesem Feld ein undurchschautes, von Umwegen, Sackgassen und Eigensinnigkeit bestimmter Prozess ist. Patentrezepte, wie und mit welchen historischen Wissensbeständen und moralischen Botschaften »falsches« Denken zu verhindern sei, kann es nicht geben. Es handelte sich um ein funktionalistisches Missverständnis einer immer wieder zitierten »Erziehung nach Auschwitz«, durch Gedenkstättenbesuche und Begegnungen mit Zeitzeugen Emotionen – häufig war von Betroffenheit die Rede – »herstellen« zu können, um damit vor allem Jugendlichen eine Art Grundausstattung gegen politische Gefährdungen zu verschaffen. Mit Ausgrenzung, Verfolgung und Vernichtung verbundene Gedächtnisorte entwickelten sich aber zu Kristallisationspunkten der westdeutschen Diskurse zunächst über »Widerstand und Verfolgung 1933–1945« und seit den 90er Jahren auch über Geschichte und Wirkungen des Holocaust. Der Besuch solcher Einrichtungen gehört seitdem zu den Bildungserlebnissen mehrerer Schülergenerationen. Gedenkstätten wurden im Lauf der Jahrzehnte Teil einer weitgehend konsensualen bundesdeutschen Erinnerungskultur, die Neubauten und Vorhaben der Hauptstadt, auch die Kulturförderung des Bundes bestätigen diese Entwicklung.

Ungleichzeitigkeiten in der Gedenkstättenpädagogik nach 1989

Mit dem Ende der Blockkonfrontation haben neue Themen, aber zeitgleich auch quellennahe Vermittlungsmethoden Eingang in die Gedenkstättenarbeit gefunden. Dazu mag die Ernüchterung in Bezug auf die Mahn- und Gedenkstätten in der DDR beigetragen haben. Nach 1989 wurde deutlich, welche Loyalitäten der staatstragende

Antifaschismus den Bürgerinnen und Bürgern abverlangt hatte. Die von heftigen Auseinandersetzungen begleitete Umgestaltung der ostdeutschen Gedenkstätten ging dann selbstverständlich von wissenschaftlicher Genauigkeit und Multiperspektivität aus; sie übte sich vor allem pädagogisch in Zurückhaltung. Lineare Botschaften wurden angesichts mehrschichtiger Vergangenheiten von vorsichtigen Interpretationen abgelöst. Der auch in den Gedenkstätten der alten Bundesrepublik schon einsetzende Trend – weniger Erziehung, mehr Bildungsangebote und anstelle von Mahnen mehr Sachbezogenheit – konnte sich unter diesen Vorzeichen weiter fortsetzen und führte dazu, Gedenkstättenarbeit bescheidener zu betreiben, eher fragend und suchend an die Historie und ihre Gegenwartsbedeutung heranzugehen als vor dem Mauerfall.² In diesem Prozess gerieten auch im Westen antifaschistische Haltungen unter Legitimationsdruck, die von den Staatsverbrechen der SED und den Menschenrechtsverletzungen in Osteuropa nichts hatten wissen wollen. Die Geschichtsbewegten der 80er Jahre verbindet in dieser Hinsicht jedoch kein ›antitotalitärer Konsens‹, im Gegenteil: die Beschäftigung mit den Opfern und Verfolgten des Stalinismus wird von vielen KollegInnen und ehemaligen Mitstreitern mit dem Verdacht des Relativierens belegt, und historisch-politische Bildungsarbeit an Erinnerungsorten der DDR-Geschichte bleibt in der (in meiner) durch ›1968‹ geprägten Erfahrungsgeneration umstritten oder liegt zumindest sehr fern. Als Orte der Diskussion über universelle Menschen- und Bürgerrechte – ein zentrales Thema im Zusammenhang mit dem heutigen Rechtsextremismus – warten diese Gedenkstätten noch auf ihre pädagogische Erschließung.

MitarbeiterInnen in NS-Gedenkstätten hoffen trotz modifizierter pädagogischer Konzepte und der Ernüchterung, dass »wo der Mord an den europäischen Juden bejaht wird, dieser als abschreckendes Menetekel nicht dienen kann« (Hans Mommsen), »... ›rechtsorientierte‹ Schüler durch die inhaltliche Auseinandersetzung zum Nachdenken und zur Umkehr zu ermuntern«³. Ein neuer Band zur Gedenkstättenarbeit geht noch weiter: »Solange Springerstiefel und kahl geschorene Köpfe in Klassenräumen sitzen und auf den Straßen herumpöbeln, bleiben Gedenkstätten an die Opfer des Nationalsozialismus auch in der 3. Generation (nach dem Nazi-Regime) aktuell.«⁴ Eine Befragung der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück in den Jahren 1999 und 2000 kommt zu widersprüchlichen Aussagen: Bei 21% von 861 SchülerInnen finden sich manifeste Vorurteile gegen »Ausländer«, Homosexuelle und andere, gleichzeitig bekundet die Hälfte von ihnen »Betroffenheit o.ä. bzgl. der Opfer von Ravensbrück«⁵. Und eine Untersuchung zu Gedenkstättenbesuchen von GymnasiastInnen der Bundesländer NRW und Baden-Württemberg aus den Jahren 1985 und 1990 ließ keine stärkere Sensibilisierung für gegenwartsbezogene Fragen erkennen.⁶

Die Erwartung von Prävention und Läuterung durch Gedenkstättenbesuche lebt in schulischen und außerschulischen Bildungseinrichtungen, auch in der Politik, dennoch ungebrochen fort. So besuchten in diesem Jahr 300 Schülerinnen und Schüler der 10. und 12. Jahrgangsstufen aus der nordrhein-westfälischen Kleinstadt Baesweiler im Rahmen eines landesweiten Programms gegen Rechtsextremismus die Gedenkstätte Buchenwald. Der Sprecher des Ausschusses für Jugend und Soziales im Baesweiler Stadtparlament sieht es so: »Wer einmal dort war, wird demnächst eingreifen, wenn irgendwo jemand rechtsradikale Parolen verbreitet«⁷. Die PDS-Landtagsfraktion in Mecklenburg-Vorpommern teilt diese Position: sie führt gegenwärtig landesweit Gedenkstättenbesuche mit Schulen durch⁸.

Neuorientierung: Mehr Realismus – weniger Versprechungen

Zum Phänomen des Rechtsextremismus haben inzwischen verschiedene Disziplinen Thesen und Theorien beigesteuert, die nach ost- und westdeutschen Ausformungen und nach Geschlechtsspezifität unterscheiden. Angesichts einer unerwarteten Brutalisierung der Szene seit den 90er Jahren wird mehr denn je über den Schutz der Angegriffenen diskutiert und über politische, gesellschaftliche, justitielle Reaktionen. In der Öffentlichkeit findet man zwar weiterhin Erklärungsmuster, die mangelnde Geschichtsvermittlung für rechte Phänomene verantwortlich machen, andere Stimmen halten aber eine eng geführte Verknüpfung von Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus mit der Geschichtsarbeit für verfehlt. Ulrich Herberts auf dem Historikertag im letzten Jahr vorgetragene und seitdem oft – sinngemäß – zitierte Einsicht, Jugendliche bräuchten keine Kenntnisse über den Terror der Nationalsozialisten, um nicht Häuser von Migranten anzuzünden, konnte angesichts des Forums noch überraschen. Annegret Ehmann und Matthias Heyl haben sich ebenso von der Indienstnahme des Holocaust für antirassistische Arbeit mit deutlichen Worten distanziert.⁹ Dies hat auch Konsequenzen für den pädagogischen Umgang mit Verfolgten und Überlebenden: eine gewisse Versachlichung der Gedenkstättenarbeit trägt dazu bei, Begegnungen zwischen Zeitzeugen und BesucherInnen didaktisch stärker zu reflektieren und die Emotionalisierung der Situation nicht schon als Wert an sich zu begreifen.

Gedenkstätten würden ebenso häufig über- wie unterschätzt, so Volkhard Knigge, keinesfalls könne dem Rechtsextremismus mit verordneten Rundgängen begegnet werden.¹⁰ Sie sind aber durch ihren Bildungsauftrag (und die Erwartung von Politik und Gesellschaft) nach wie vor aufgerufen, Lernformen zu praktizieren, die das Problem des Rechtsextremismus ernstnehmen und einbeziehen. Antirassistische Trainings beispielsweise stellen eine innerhalb und außerhalb von Gedenkstätten geübte Form dar, argumentativ und nonverbal auf Herausforderungen wie Xenophobie und Antisemitismus zu reagieren.

Gedenkstätten können keinen messbaren Beitrag zur »Entbarbarisierung« leisten, ihre Stärke liegt vielmehr darin, dass sie wie keine Einrichtung sonst Forschungsergebnisse und gesellschaftliche Erinnerungsdiskurse vervielfältigen, dass sie öffentliches und privates Gedenken ermöglichen, aber auch Orte des Lernens, der Kunst und Kultur sind. Ihr gesamtes Repertoire kann und soll ein Angebot für verschiedene Alters-, Berufs- und Herkunftsgruppen sein, d.h. eine intellektuelle und emotionale Distanz darf, ja sollte gewahrt bleiben. Seit die von moralischen Überwältigungsversuchen nicht freien Erziehungskonzepte der 80er Jahre fragwürdig geworden sind, setzen Gedenkstätten analog zu den immer komplexeren und komplizierteren Themen auf eine Vielzahl von aktivierenden, besucherorientierten Methoden – sie kommen damit den unterschiedlichen Erfahrungen und Kenntnissen Jugendlicher wie Erwachsener, inzwischen auch den spezifischen Zugängen von MigrantInnen entgegen. Es mag paradox klingen: obwohl Gedenkstätten für NS-Opfer bezogen auf den Rechtsextremismus keine bestimmten Versprechungen mehr machen, haben sie pädagogisch an Bedeutung gewonnen.

*Dr. Heidi Behrens ist
Diplom-Pädagogin.
Sie arbeitet als
wiss.-pädagogische
Mitarbeiterin im
Bildungswerk der
Humanistischen Union
Nordrhein-Westfalen.
Veröffentlichungen
von ihr u.a. zum
biographischen Ansatz
in der Bildungsarbeit,
zum historisch-politi-
schen Lernen und zur
Gedenkstättenarbeit
mit Erwachsenen.*

- 1 »Die Erben« von Walter Bannert, Österreich 1982 (97 Min.)
- 2 Zur neueren gedenkstättenpädagogischen Diskussion vgl. die Beispiele in Burkhard Amuss/Hans-Martin Hinz (Hg.): Historische Stätten aus der Zeit des Nationalsozialismus. Orte des Erinnerns, des Gedenkens und der kulturellen Weiterbildung? Frankfurt a.M. 1999; Wolfgang Klameth/Andreas Wagner (Hg.): Gedenkstättenpädagogik in der Jugendarbeit. Rostock 2000; Beiträge der Tagung »Pädagogik in Gedenkstätten«, 12.–15. 10. 2000 im Haus der Wannseekonferenz in Berlin über die Homepage der Gedenk- und Bildungsstätte Haus der Wannseekonferenz: www.ghwk.de
- 3 René Moujaned: Methodische Ansätze und Projekte in der Arbeit gegen Rechtsextremismus. Erfahrungen mit rechtsorientierten Gedenkstättenbesuchern. Arbeitspapier der Mahn- und Gedenkstätte Ravensbrück (Museumspädagogik) aus dem Jahr 2000 (unveröffentlicht).
- 4 Klappentext von Uwe Neirich: Erinnern heißt wachsam bleiben. Pädagogische Arbeit in und mit Gedenkstätten. Mülheim/Ruhr 2000.
- 5 Moujaned, S. 4.
- 6 Vgl. Neirich, S. 26.
- 7 Artikel »Baesweiler Schüler fahren nach Buchenwald«, in: Aachener Zeitung vom 23. 11. 2000; das Land NRW vergibt im Jahr 2001 pro Kopf der Bevölkerung 1 DM für lokale Projekte gegen Rassismus und Rechtsextremismus.
- 8 Vgl. Artikel »Fahrt in ein Lager als Aktion gegen Rechts«, in: Schweriner Volkszeitung vom 14. 12. 2000 und »Besuch in Ravensbrück macht nachdenklich«, in: Ostsee-Zeitung vom 11. 12. 2000.
- 9 Vgl. »Neue Fremdenfeindlichkeit von Vergangenheit trennen« (Pressemitteilung des Georg-Eckert-Instituts für Internationale Schulbuchforschung in Braunschweig), in: Frankfurter Rundschau vom 3. 1. 2001; Annegret Ehmann: Auseinandersetzung mit Nationalsozialismus und Holocaust in der historisch-politischen Bildung: Wo stehen wir – was bleibt – was ändert sich?, in: B. Fechner/G. Köbler/T. Lieberts-Groß (Hg.): »Erziehung nach Auschwitz« in der multikulturellen Gesellschaft. Pädagogische und soziologische Annäherungen. Weinheim und München 2000; siehe auch Harald Welzer: Sie wissen es genau, in: Die Tageszeitung vom 27./28. 1. 2001.
- 10 Vgl. »Experimente wagen«, in: Thüringische Landeszeitung vom 11. 2. 2001.